



## Aufruf/Bündnis

Warum Boykott? Studiengebühren sind doch beschlossen - das ist doch die Idee von Idealisten, die auch an eine bessere Welt glauben...

Vielleicht - aber ebenso ein pragmatisches und wirkungsvolles Mittel, die persönliche Ablehnung von Gebühren - aus welchen Gründen auch immer - sichtbar und solidarisch deutlich zu machen. Klingt doch auch irgendwie verführerisch, nichts verlieren und viel gewinnen zu können, und das mit wenig Zeitaufwand und unabhängig vom Wetter...

Wir boykottieren bundesweit die Studiengebühren, um ein gebührenfreies Studium für alle, unabhängig von Alter, Geschlecht und Herkunft durchzusetzen. Der Boykott ist dafür ein effektives Mittel - Wir nehmen uns einfach, was uns zusteht: Kostenfreie Bildung für alle!

Durch das Treuhandkontomodell haben alle zu jeder Zeit Zugriff auf ihr Geld und wenn das vorher festgelegte Quorum (Prozentzahl von Studierenden, die sich an dem Boykott beteiligen) nicht erreicht wird, überweist der zuständige Anwalt oder die Anwältin das Geld einfach weiter an die Hochschule und niemand muss fürchten, exmatrikuliert zu werden.

Bei Erreichen des Quorums wird auf jeden Fall die erste Mahnung abgewartet und Verhandlungen mit der Hochschulleitung und mit der Landesregierung geführt.

Der Boykott ist also auf möglichst viele Studierende aus allen Fachrichtungen angewiesen: Er kann nur erfolgreich sein, wenn tausende Studierende aus den unterschiedlichsten politischen, sozialen und kulturellen Hintergründen sich daran beteiligen und damit ihre Ablehnung der neoliberalen Bildungspolitik zum Ausdruck bringen. Dafür wollen wir Überzeugungsarbeit leisten.

An dieser Zeitung sind unterschiedliche Gruppen, Zusammenhänge und Einzelpersonen beteiligt. Allen geht es darum, im Sommersemester 2007 ohne Studiengebühren zu studieren.

Die Forderung an die Hochschulleitung und die Landesregierung muss sein, das Gebührengesetz rückgängig zu machen. Selbst, wenn man nur eine Amnestie für alle BoykottiererInnen erreicht, ist das ein Teilerfolg, an dem wir anknüpfen wollen. Hauptsache, Studiengebühren werden nicht zu einer Selbstverständlichkeit. Da die Zeit von Demonstrationen in den Bundesländern, in denen die Gesetze zur Einführung der allgemeinen Studiengebühren schon beschlossen worden sind, vorbei ist, steht jetzt in Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, der Gebührenboykott an. So hat sich der Protest gegen die Studiengebühren auf eine andere Ebene verlagert, die nicht so leicht wegdiskutiert oder ignoriert werden kann. Auch deswegen wollen wir zu diesem Boykott aufrufen.

Eure Redaktion



# Aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen

## Der Krefelder Aufruf als ideologische Grundlage des ABS

Studieren geht über Protestieren: Die Demonstrationen gegen Studiengebühren haben in den letzten Jahren starken Zulauf erhalten. Doch gerade dort fällt auf, dass oftmals die Argumentation gegen Studiengebühren stark verkürzt wird. Diese dreht sich dann maßgeblich um den eigenen Finanzrahmen. Das Betteln um 500 Euro oder die Forderung nach "reichen Eltern für Alle" zeigen die Kernprobleme von Studiengebühren nicht auf. Sie halten keiner Kritik der "anderen Seite" stand. So stellte ein Präsident der Hochschulrektorenkonferenz fest, dass Studierende mehr Geld für ihre Wohnung als für ihr Studium ausgeben und Studiengebühren (in geringer Höhe) damit unerheblich seien.

Schlagkräftige Argumente müssen darüber hinaus gehen. Studiengebühren sind genauso wenig das Problem der Studierenden, wie Erwerbslosigkeit

keit jenes von Erwerbslosen. Es betrifft die gesamte Gesellschaft. Das ABS hat sich von Anfang an dieser Prämisse verpflichtet. Im "Krefelder Aufruf", dem Gründungsdokument, heißt es: "Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen. Sie lösen kein einziges Problem, sondern verschärfen die Krise des Bildungssystems." Daher werden auch grundsätzlich Langzeit-, Zweitstudiums, Rückmelde- und andere Gebühren abgelehnt. "Sozialverträgliche Studiengebühren kann es nicht geben."

Der Kampf gegen Studiengebühren darf kein Kampf für eine ohnehin privilegierte Elite sein. Die Sozialerhebung des Studentenwerks zeigt: Dass ein Kind aus hoher sozialer Schicht ein Studium aufnimmt, ist achtmal so wahrscheinlich wie bei einem Kind aus niedriger Schicht. Studiengebühren tragen dazu aktiv bei. Die Menschen, die am meisten unter ihnen lei-

den, sind diejenigen, die sich gegen ein Studium entschieden haben. Vielmehr muss für eine Gesellschaft gekämpft werden, in der alle Menschen ein gleiches Anrecht auf Bildung und persönliche Entfaltung haben. "Studiengebühren fördern [dagegen] ein antisoziales und entsolidarisierendes persönliches Bildungsverhalten und verstärken die gesellschaftliche Verantwortungslosigkeit des Wissenschaftssystems." (Krefelder Aufruf)

*Daniel Bruns, Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS) in der GEW*

## Aus den Ländern

**Baden-Württemberg:**  
Seltene Autonomie: Studiengebühren in Ba.-Wü.

**Lokale Boykottgruppen:**  
**Julian (Freiburg: fsk@u-asta.de)**  
**Boris (Karlsruhe: info@usta.de)**  
[www.abs-bawue.de](http://www.abs-bawue.de)

Wie in fünf weiteren Bundesländern ist auch im Südwesten ab Sommersemester 2007 Schluss mit billig. Bis auf die Hochschule der Polizei in Villingen-Schwenningen wird nun jede Ware Bildung erfahren müssen, der/die eine andere Hochschule besuchen möchte. Zwar werden die Langzeitgebühren entfallen und die Überweisung deiner 500 € plus Verwaltungskosten (z.B. in Freiburg = 605€), falls du die Zahlung mittragen möchtest/kannst, direkt in die Kassen der Hochschulen gehen. An diesen werden die Investitionsschwerpunkte der zunehmend 'autonomen' Hochschule jedoch bereits jetzt überwiegend von WirtschaftsrepräsentantInnen festgelegt. AufsichtsrätInnen sind bereits jetzt diejenigen, die auf der einen Seite die Erweiterung von Tierversuchskundelaboren abnicken und auf der anderen den 'kleinen', marktunkompatiblen und möglicherweise gar kritischen Instituten den Hahn zudrehen. Natürlich wurden 'wie überall' - 'sozialgerechte' Studiengebühren beschlossen: solche die nicht steigen, nicht so rassistische (in Ba-Wü können Ausländer in bestimmten Fällen ganz befreit werden) wie in Hessen, solche mit Ausnahmeregelungen. Diese sind - in propagandistischer Federführung - unter [www.studiengebuehren-bw.de](http://www.studiengebuehren-bw.de) abzurufen und rühmen sich eines 'maßvollen Betrages', den Studierende mit Kindern unter 8, Studierende mit Behinderungen, Beurlaubte, sich im Praktikum Befindende oder Promovierende nicht zu bezahlen haben. 'Anträge auf Gebührenerleichterung werden vor Beginn der Vorlesungszeit direkt bei den Hochschulen gestellt,' heißt es in dem Portal, 'auch besonders begabten oder leistungsstarken Studierenden können die Hochschulen die Gebühr erlassen'. Auch wenn zwei Geschwister den Betrag entrichten oder entrichtet haben, soll die Ausnahmeregelung greifen. Die Ära der privatisierten Bildungsfinanzierung bricht an: Schon jetzt geht die Landes-Bank durch Angebote mit 6% Zinsen ins Rennen. All-around Kredite, welche natürlich auch dem BAföG Konkurrenz sind, werden in Eigenregie von diversen Kreditinstituten angeboten. Die Tafel ist gewissermaßen reich gedeckt, ein neuer Markt öffnet sich, das Ministerium vermittelt gerne. Für die weniger Wohlhabenden steht später ein Schuldenberg von höchstens 15.000 aus. 'Bei dieser Summe kann man nicht von einem Schuldenberg sprechen!' so das Portal des zuständigen Ministeriums (Bildung/Finanzen/Wissenschaft/Soziales). Nun stehen diverse Studienabschlüsse zum Verkauf und werden auch günstig (je nach Familiengründungswilligkeit, Geschwisteranzahl, zukünftigem Einkommen und Attraktivität des Kreditinstitutes), sozusagen als 'Schnäppchen', serviert. Um Raten à 50, 100 oder 150 Mäuse wird gebeten, um zum Beispiel den

„nur“ 4.540€ Bachelor-Abschluss über 7 Jahre abzubezahlen. Nach einem gescheiterten Verwaltungsgebühren-Boykott vor drei Jahren formiert sich der Widerstand auf Neue, auch auf dieser Ebene. Es handelt sich diesmal um das Zehnfache an Geld, was die Studierenden entrichten sollen, um eine erneute Verstärkung der Chancengleichheit, also: Boykott die Zweite! Auf den ersten Vollversammlungen dieses Wintersemesters werden wir Studierende beschließen, ob und wie sich an dem Boykott beteiligt wird. In Freiburg und Karlsruhe wird bereits an der landesweiten Vernetzung gearbeitet, denn die Zeit drängt: Die Rückmeldefristen beginnen im Neujahr...

*B.Leidigt (HdP Villingen)*

**Nordrhein-Westfalen:**  
Schachmatt in NRW?

**Lokale Boykottgruppen:**  
[www.abs-nrw.de](http://www.abs-nrw.de)

Auch die Politiker in NRW spielen mit der Bildung: Mit der Verabschiedung des sogenannten „Hochschulfinanzierungsgleichheitsgesetzes“ (HFGG) wurde es allen Hochschulen freigestellt, ab dem Wintersemester 2006/07 allgemeine Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester zu erheben. Ob sie von diesem „Angebot“ Gebrauch machen oder nicht, bleibt ihnen überlassen. Um jedoch sicher zu gehen, dass die Pläne der Landesregierung ausgeführt werden, liegt für den 1. Januar 07 das „Hochschulfreiheitsgesetz“ (HFG) bereit, das die Hochschulen zu Körperschaften des öffentlichen Rechts erklärt und ihnen so die öffentlichen Subventionen entzieht. Bisher ein gelungener Schachzug, denn statt diesem Erpressungsversuch eine Absage zu erteilen, sind die Hochschulleitungen auf den Zug aufgesprungen: In größtenteils nicht-öffentlichen Sitzungen wurde eine Gebührenerleichterung nach der anderen verabschiedet. Der Senat der Universität zu Köln verschanzte sich zu diesem Zweck sogar im Hochsicherheitstrakt des Kernforschungszentrums Jülich.

Die Protestaktionen gegen diese katastrophale Entwicklung gehen weiter – doch der Großteil der Öffentlichkeit verwechselt Zivilcourage mit Unverschämtheit (und Unverschämtheit mit Bildungspolitik): War es den Studis zu Anfang des Jahres noch möglich, sich zumindest gelegentlich bei Senatsitzungen und Podiumsdiskussionen Gehör zu verschaffen oder friedlich Gebäude zu besetzen, so gehören teilweise brutale Polizeieinsätze auf dem Campus inzwischen zum Alltag. Aktuell steht vor allem eine Beteiligung an der bundesweit geplanten Boykottkampagne an. Die Gebühren sollen zwar gezahlt werden, aber nicht an die Hochschulkassen, sondern auf ein Treuhandkonto, das die jeweilige Studierendenvertretung gemeinsam mit einem Anwalt verwaltet. Sollte ein bestimmtes Quorum, welches vorher zum Beispiel durch eine Vollversammlung beschlossen wurde, nicht erreicht werden, würde das Geld weitergegeben, um nicht die Exmatrikulation zu riskieren. Doch soweit soll es nicht kommen: Protestieren, Klagen, Boykottieren!

*Annika Klüb, FUB/Protestkomitee*

**Hamburg:**  
Winter of Boykott - Der Kampf geht weiter.

**Lokale Boykottgruppen:**  
**nordstreik@gmx.de**  
[www.nordstreik.de/vu/izs](http://www.nordstreik.de/vu/izs)  
**izs@gmx.de**  
[www.abs-bund.de/laender/hh](http://www.abs-bund.de/laender/hh)

Seit dem Januar 2005, der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, liefern in Hamburg permanent Aktionen gegen Studiengebühren. Diese reichten von Straßentheater über Besetzungen und Blockaden des Hauptgebäudes der Universität, Besetzungen der Wissenschaftsbehörde, verschiedenen Demonstrationen bis hin zur Blockade des Hauptbahnhofes während der zweiten Lesung des Gesetzes.

Im letzten Sommer wurde der ‚summer of resistance – Studiengebühren stoppen!‘ ausgerufen und die ‚Hamburger Hochschulvernetzung‘ – beteiligt sind Aktive der Uni, der HAW, der TU und der HfbK – gegründet mit dem Ziel, die Erhebung von Gebühren zu verhindern. Ebenso wurde das Hamburger Bildungsbündnis ins Leben gerufen, in dem die GEW, ver.di und die SchülerInnenkammer unsere Forderung nach ‚Gebührenfreie(r) Bildung für alle – von der KiTa bis zur Hochschule!‘ unterstützen. Mit 20.000 Menschen trugen wir diese Forderung im letzten Sommer auf den Rathausplatz – doch ohne Wirkung. Im Juli dieses Jahres wurde das Gesetz verabschiedet, während zeitgleich einige tausend Menschen ihre Ablehnung gegen die Verabschiedung – bewacht von mehreren tausend PolizistInnen und Wasserwerfern – deutlich machten.

Das Hamburger „Studienfinanzierungsgesetz“ ist wie erwartet unsocial und ausgrenzend; es sieht vor, von allen Studierenden ab SoSe 2007 500 € pro Semester + Semesterbeitrag (240€) zu kassieren. Ausnahmen gelten nur für Eltern mit Kindern unter 14, für Menschen, die promovieren, und für Menschen, die exzellente Leistungen erbringen.

Unser Protest ist noch nicht am Ende! Wir werden wie gegen die Metropolregionengebühr, die erfolgreich weggekragt wurde, verschiedene Musterklagen vorbereiten. Doch Klagen können verloren werden, Klagen können die bestehenden Gesetze optimieren. Mit einem Boykott haben wir unsere wirkungsvollste Waffe (siehe 1970) noch nicht eingesetzt – dies gilt es jetzt zu tun!

Damit der Boykott erfolgreich wird, brauchen wir die Hilfe möglichst vieler Studierender. Deshalb: kommt alle zu den Boykott-Treffen jeden Montag um 18:00 in der T-Stube im Pferdestall, AP1 auf dem Uni-Campus.

**Niedersachsen:**

Innovativ, Fortschrittlich, Asozial:  
Ein Land dreht durch.

**Lokale Boykottgruppen:**  
[www.abs-bund.de/laender/ni](http://www.abs-bund.de/laender/ni)

Es mag überraschen: Niedersachsen ist führend in Sachen „Hochschulreform“. Ein sorgfältig aufgebauter Ruf, der leider auf konsequenter Sparpolitik, Eingriffen in die Hochschulautonomie und standhaftem Ignorieren aller Kritik gegründet ist.

Geld her, oder ich sch(ü)esse! Bereits seit Mitte der 90er hat Niedersachsen Sparprogramme hinter Namen wie Hochschulstrukturkonzept/-entwicklungsprogramm, Innovationsoffensive oder Hochschuloptimierungskonzept versteckt. Zwar wurde mehrjährige Planungssicherheit durch feste Budgets versprochen, den Hochschulen wurden aber Tarifsteigerungen, Inflation, Preissteigerungen, Innovations- und Berufungspools (und der Ausfallfonds für die staatlichen Studiengebührendarlehen) aufgebürdet, effektiv also erheb-

liche Mittelkürzungen. Dazu wurden vom Land ganze Fachbereiche an andere Hochschulen verschoben oder geschlossen, mit der „Hochschule 21“, ehemals Teil der FH Lüneburg, wurde gar erstmals eine staatliche Hochschule privatisiert.

Euer Geld für Stratmanns Löcher. Im Wahlkampf wurde der Verzicht auf allg. Studiengebühren versprochen; als sie trotzdem kamen, sollten dafür die Langzeitgebühren (LZG) fallen; dann sollten die Hochschulen selbst über Gebühren und Ausnahmen entscheiden; alles Geschwätz von gestern, so der Minister.

Da ist klar, dass die Gelder, so die LAK, verwendet werden, um Löcher zu stopfen: leerstehende Lehrstühle werden mit externen Lehraufträge und stud. Tutorien ersetzt, Investitionen und Baumaßnahmen, die den letzten Kürzungswellen zum Opfer fielen, nun nachgeholt. Service-Einrichtungen wie Studienberatung gelten nun als Verbesserung der Lehre und werden von Studierenden bezahlt statt weiter aus dem normalen Haushalt.

Die Starken stärken - die Schwachen beseitigen  
Subtile Signale, wie die innerhalb weniger Wochen erfolgte Streichung der LZ-Gebührenerleichterung durch Gremienarbeit oder der Entwurf des neuen Hochschulgesetzes NHG, in dem die Reste der (studentischen) Mitspracherechte an Unis noch weiter gekürzt werden, zeigen deutlich, wohin die Reise geht. Auch Demos, Unterschriften, Unistreiks, Parteitanträge, Petitionen, Gespräche zwischen Studierenden und Ministern (SPD wie CDU) usw. haben auf Seiten der Politik keine Reaktionen ausgelöst. Die genannten Beispiele sind nur die Spitze des Eisberges „Bildungsprivatisierung“, denn weiterreichende Pläne, z.B. zur Gebührenerhöhung, werden

freimütig zugegeben. Immerhin ein ehrliches Wort aus Hannover.

Nicht mit uns!  
Wer also im Studium echtes Wissen und Kompetenzen statt Lernbulimie und Kreditschulden erwerben möchte, sollte sich dieser Politik einfach verweigern: Gebührenboykott statt Bildungsabbau!

*Caspar Heybl,*  
*stud. Senator der Stiftungsuniversität Lüneburg*

**Bayern**

**Lokale Boykottgruppen:**  
[www.abs-bund.de/laender/by](http://www.abs-bund.de/laender/by)

Begleitet von Wissenschaftsminister Goppels ausländerfeindlichen Äußerungen wie: „...unsere Guten gehen ins Ausland und was wir bekommen, sind Sozialschmarotzer aus aller Welt.“ wurden in Bayern die Studiengebühren beschlossen.

Hochschulen müssen ab dem Sommersemester 2007 zwischen 300 € und 500€, Fachhochschulen zwischen 100 € und 500 € Studiengebühren erheben. 10% dieser Gebühren fließen in einen „Sicherungsfond“, der sicherstellen soll, dass Kreditgeber wie die KfW ihr Geld wiederbekommen, falls Studierende ein Darlehen nicht zurückbezahlen. Freigestellt sind nur Kinder aus Familien mit mindestens drei kindergeldberechtigten Kindern, Studierende mit Kindern unter 10 Jahren sowie Studierende in der Promotion oder im Praktischen Jahr. Die Hochschulen können außerdem 10% der Studierenden freistellen. Inwiefern Hochschulen Studierende bei der Verwendung der Studiengebühren teilhaben lassen liegt in ihrem Ermessen. Laut Gesetz sind sie angemessen - bis hin zu paritätisch - zu beteiligen.

*Thomas Honesz*

## Boykott im historischen Kontext

Was ist eigentlich ein Boykott und was kann ein Boykott überhaupt erreichen? Diese und ähnliche Fragen werden sich wahrscheinlich einige Leserinnen und Leser dieser Zeitung bei ihrem ersten oder zweiten Blick stellen. Einige werden, wenn sie an Boykott denken, den Boykott der französischen Produkte assoziieren - als Protestform gegen die französischen Atomtests in Französisch-Polynesien. 1996 wurden die Tests auch aufgrund weltweiter Proteste eingestellt. Oder an den Boykott des Multikonzerns Coca Cola, dem vorgeworfen wird, Gewerkschafter in Kolumbien umgebracht zu haben. Die Kampagne gegen „Killer Coke“ hat schon dazu geführt, dass Coca Cola versprochen hat, unabhängige Beobachter nach Kolumbien zu schicken, was aber bis heute nicht passiert ist. Der Boykott hält also weiter an. Aber Boykotte sind keine Erfindung der Neuzeit.

Der Name „Boykott“ stammt aus dem 17. Jahrhundert und wurde benannt nach dem britischen Kapitän Charles Cunningham Boycott. Boycott war Grundstücksverwalter in Irland und als übler Menschenschinder bekannt. Sein Verhalten gegenüber den Pächtern führte schließlich dazu, dass niemand mehr für ihn arbeiten, von ihm kaufen und an ihn verkaufen wollte. Damals tauchte dann erstmals das Wort „boycottieren“ auf.

Boykotte wurden in der Geschichte oft verwendet, um politische Ziele zu erreichen, wie zum Beispiel die Unabhängigkeit Indiens von der englischen Krone oder eben auch den wirtschaftlichen Untergang der Juden in Deutschland während des Nationalsozialismus.

Boykotte können das Ziel haben, den politischen Gegner bloß zu stellen, ökonomisch zu bestrafen oder eben auch Veränderungen, Reformen oder deren Rückgang zu erreichen.

Von verschiedenen politischen Richtungen wurde der Boykott als Druckmittel genutzt. Kein Wunder also, dass Studierende dieses Druckmittel 1970 eingesetzt haben, um in Hamburg das Hörgeld an Hochschulen wieder abzuschaffen. In einer ersten gemeinsamen Aktion von Uni- und Fachhochschul-Asten wurden die Hamburger Studierenden im April 1970 aufgefordert, keine Hörgelder in Höhe von 150,- DM pro Semester zu zahlen. Die Asten sahen in dieser Form von Studiengebühren einen abzulehnenden Selektionsmechanismus im Bildungsbereich und riefen deshalb zu deren Boykott auf. In Hamburg folgten dem Boykottaufruf rund 6.000 Studierende. Auch in anderen Bundesländern wurde zum Gebührenstreik aufgerufen: Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen verzichteten daraufhin bereits im laufenden Semester auf die Erhebung von Gebühren. Am 16. April beschloss die Konferenz der MinisterpräsidentInnen auf Antrag Hamburgs, dass ab dem Wintersemester 70/71 keine Studiengebühren mehr von den Universitäten erhoben werden dürfen.

Auch wenn der Boykott in den 70ern nur schwer mit der aktuellen Boykottkampagne vergleichbar ist, da damals das erklärte politische Ziel die Öffnung der Bildung für sozial schlechter gestellte Schichten war, so knüpfen wir doch an diesen Erfolg an.

Heute werden diese Reformen schrittweise rückgängig gemacht, und der Boykott von allgemeinen Studiengebühren soll dazu dienen, dem aktuellen Ziel der Bildungspolitik, den Bildungszugang weiter einzuschränken, entgegenzuwirken. Trotz dieser grundlegend verschiedenen Bedingungen gibt der erfolgreiche Boykott 1970 Hoffnung auf Erfolg! Wir können und sollten daraus lernen, dass alles, was eingeführt wurde auch wieder rückgängig gemacht werden kann....



## Studiengebühren als Bestandteil neoliberaler Umstrukturierung

Studiengebühren stehen in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext, der den Fokus der aktuell Studierenden bei weitem überschreitet. Alle sind betroffen.

So zum Beispiel StudieninteressentInnen aus bildungsfernen Schichten, die ohnehin zu den benachteiligten Gruppen innerhalb der Gesellschaft gezählt werden. Ihnen wird durch das Bezahlstudium der Zugang zu höherer Bildung erschwert, wenn nicht sogar verwehrt.

So auch ausländischen StudieninteressentInnen und älteren Mitmenschen, die nach vielen Gesetzen von der Kreditvergabe ausgeschlossen sind. Da Studierfähigkeit mit Kreditwürdigkeit gleichgesetzt wird, wird ihnen die Aufnahme eines Studiums in Zukunft kaum noch möglich sein.

Die von allen Seiten geforderte größere Durchlässigkeit wird Dank der Erhebung von Studiengebühren zu einem Akt der Unmöglichkeit, was konkret bedeutet, dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander klaffen wird, weil sich nicht mehr alle ein Studium leisten können.

Die Einführung von allgemeinen Studiengebühren sowie die Existenz von Langzeitstudiengebühren (derzeit zwischen 600 und 800Euro pro Semester) erhöhen den Druck, schnell zu studieren, damit der Schuldenberg nicht ins Unendliche steigt. Wer deswegen zusätzlich arbeiten muss, gerät in einen Teufelskreis, weil mensch länger studieren und dadurch länger oder sogar mehr Gebühren bezahlen muss. Die Bachelor-StudentInnen sind aufgrund des höheren Arbeitspensums, das sie in kürzerer Zeit zu bewältigen haben, besonders betroffen. Die vollen Stundenpläne lassen keinen Nebenjob zu. Zudem sind für die Semesterferien in vielen Studiengängen Pflichtpraktika in Vollzeit vorgesehen.

Der Bologna-Prozess (die Umstellung in Bachelor- und Masterabschlüs-

se) zeigt mehr als deutlich die radikale Umstrukturierung im Bildungsbereich, in den sich Studiengebühren nahtlos einreihen. Beide wirken darauf hin, dass noch weniger Menschen in noch kürzerer Zeit noch weniger brauchbares Wissen vermittelt bekommen.

Die Zukunft ist düster. Das Humboldt-Ideal eines freien, den persönlichen Neigungen entsprechenden Studiums rückt in Deutschland in unerreichbare Ferne. Bezeichnend für die Geringschätzung der Bildung und das Primat der Verwertbarkeitslogik ist das nun zur Schmalspurausbildung verkommene Studium, bei dem der ‚Output‘ als weitaus wichtiger als der ‚Input‘ gewertet wird. Hierbei wird jedoch nicht bedacht, dass bei einem Minimum an erlernten wissenschaftlichen Methoden auch keine Steigerung der von der Gesellschaft gegenüber den HochschulabsolventInnen erwarteten Qualifikationen erfolgen kann.

Die Bildung wird zudem einer Warenfunktion unterworfen, die den Regeln der freien Marktwirtschaft gehorcht. Höhere Kosten (Studiengebühren) führen zu einer sinkenden Nachfrage (weniger StudentInnen), was zu einem sinkenden Angebot (Bildung) führen wird. Dies wiederum zieht die Schließung ganzer Studienfächer und den Abbau von DozentInnenstellen nach sich. Besonders gefährdet sind geisteswissenschaftliche Fächer, die offenbar nicht in die neoliberale Verwertbarkeitslogik eingepasst werden können. Der Stellenwert von Bildung innerhalb der Gesellschaft ist eine Frage politischer Prioritäten, und nicht der vorgeblich leeren Staatskassen. Wenn politischer Konsens ist, dass nun gerade an der Bildung gespart werden muss, dann hat dies nichts mit leeren Staatskassen zu tun, sondern mit der Frage, wie viel der vorherrschenden Politik die Zukunftschancen ihrer Kinder wert sind.

## Interview mit Kurt Bader

Kurt Bader ist Professor an der Uni Lüneburg (Fachbereich Sozialwesen). Er unterrichtet kritische Psychologie und ist Mitbegründer des BdWi.

**Hr. Bader, was halten Sie von der Einführung von allgemeinen Studiengebühren?**

Nichts.

**Warum sollten Studiengebühren verhindert oder abgeschafft werden?**

Studiengebühren kann man eigentlich nur im Zusammenhang mit der allgemeinen gesellschaftlichen Situation sehen. Angefangen von den Einschränkungen im Gesundheitswesen, über Arbeitslosigkeit auf der einen Seite, Unternehmenssubventionen und –gewinnen auf der anderen Seite. Das ist im Interesse Weniger und zum Nachteil für alle Anderen.

**Tragen Studiengebühren zu einer Verbesserung der Qualität der Hochschulen bei?**

Nein, Studiengebühren tragen zu einer Verschlechterung der Qualität bei, weil wir damit ein Klassensystem einführen, durch welches diejenigen, die sich das nicht leisten können und diejenigen, die vielleicht die Kreativsten sind, und diejenigen, die aus sozialen oder materiellen Gründen Schwierigkeiten haben, auf der Strecke bleiben. Das ist eine ökonomische Auslese vorweg.

**Wer profitiert von der Einführung von Studiengebühren?**

Zunächst einmal der Staat, und dies aus verschiedenen Gründen, weil Studiengebühren nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine ideologische Funktion haben. Auf der einen Seite soll Geld gespart werden, es findet eine Umverteilung statt, und auf der anderen Seite entspricht das natürlich einem neoliberalen Bild von der Gesellschaft. Das heißt, die öffentliche Hand zieht sich aus gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen raus, und das Ganze wird nett und subjektiv verpackt und auf die Schultern des Einzelnen gelegt. Diejenigen, die bestimmte Möglichkeiten haben, profitieren davon und diejenigen, die diese Möglichkeiten nicht haben, nicht. Das sind in der Regel soziale, mate-

rielle Möglichkeiten. Dadurch wird eine individualisierende und konkurrenzielle Leistungsorientierung propagiert - nach dem Motto: „Nur wenn ich für etwas bezahle, ist es auch etwas wert“. Das ist eine gute Vorbereitung für die spätere berufliche Praxis in einer neoliberalen Gesellschaft. Ganz abgesehen davon, dass das in der Grundschule bereits beginnt. Leistungsdruck in der Grundschule ist die beste Voraussetzung für diese Situation an der Uni.

**Manchen angehenden und bereits immatrikulierten StudentInnen wird von den Banken ein Studienkredit angeboten. Ist das eine Möglichkeit, Studiengebühren doch eine Sozialverträglichkeit abzugewinnen?**

Das ist keine Sozialverträglichkeit, sondern eine Bankverträglichkeit. Wenn die Banken davon profitieren, können sich die Banken darüber freuen, und wenn Einzelne, so wie auch ich, auf die Banken angewiesen sind, dann ist das eine letzte Möglichkeit, finanziell über die Runden zu kommen. Gesamtgesellschaftlich ist das eine Umverteilung von Geld hin zu einer direkten Subventionierung des Bankwesens. Und wem gehören die Banken...?

**Was passiert, wenn Studiengebühren eingeführt werden? Wo sehen Sie unsere Gesellschaft in 10-15 Jahren (vorausgesetzt, Studiengebühren können flächendeckend eingeführt werden)?**

Also wenn man jetzt den Bologna-Prozess, die Bachelor- und Master-Strukturen und unsere Module anguckt – dann beobachtet man eine Standardisierung zu einem Ein-, Zwei- oder Drei-Klassensystem. Wir haben dann das, was früher in der Hauptschule, in der Realschule und im Gymnasium als allgemeines Bildungswesen bekannt ist, dann auch an den Hochschulen. Wir haben dann eine Hochschul-Hauptschule, die sozusagen die Aldi-Funktion hat, und damit haben wir auch schon in ökonomischer Hinsicht festgelegt, wer welche Aufgaben später übernehmen wird. Diejenigen, die angeblich weniger wichtige Aufgaben machen, bekommen weniger bezahlt, haben einen kürzeren Studiengang, als die, die sich's leisten können. Letztere kommen dann in die höhere Position, d.h., wir haben mindestens eine zweigeteilte Gesellschaft. Mindestens.

**Wie würden Sie das System Hochschule beschreiben, wenn Sie es einer politischen ‚Grundrichtung‘ zuordnen müssten?**

Neoliberal. Wie in der herrschenden Ökonomie.

**Um Studiengebühren zu verhindern ist jetzt in sechs Bundesländern ein Boykott geplant. Wie würden Sie die Boykottbereitschaft bei den Studierenden einschätzen? Ist die Bereitschaft**

**dazu höher oder niedriger als zu Ihrer Studienzeit?**

Die ist leider erheblich niedriger. Weil die gesellschaftliche Isolation – also, allein zu sein, sich durchboxen zu müssen – aktuell im Vordergrund steht und der Anteil derjenigen, die versuchen, Widerstand zu leisten und politisch gesamtgesellschaftlich zu denken, geringer geworden ist. Die Zersplitterung liegt innerhalb der Hochschulen an einer solidarfeindlichen Struktur – wir haben solidarfeindliche Räume, wir haben solidarfeindliche Prüfungsordnungen, wir haben solidarfeindliche Lehrveranstaltungen, eine Tendenz der Isolation, und man trägt natürlich dazu bei, indem man versucht, sich der Situation anzupassen.

**Glauben Sie, dass so ein bundesweiter Studiengebührenboykott Erfolg haben könnte?**

Ein bundesweiter Studiengebührenboykott hätte sicherlich Auswirkungen – was immer das auch heißen mag. Ob man damit Studiengebühren abschaffen kann, oder zumindest eine Tendenz entsteht, über den eigenen Schatten zu springen, über den eigenen Tellerrand zu sehen und sich darüber auch Bündnisse herstellen lassen, die auch in Bezug auf andere Fragen Tragfähigkeit haben – das wäre abzuwarten.

**Welche Strategien oder Leitsätze sollten die Studierenden Ihrer Meinung nach im Kopf oder im Herzen tragen?**

Das ist Sache der Studierenden. Da kann ich keine Rezepte geben.

**Hand auf's Herz – angenommen, Sie würden noch studieren – würden Sie sich an einem Treuhandkontoboykott beteiligen?**

Ja.

**Hätten Sie studieren können, wenn es während Ihrer Studienzeit Studiengebühren gegeben hätte?**

Ich hätte schwerlich studieren können. Ich hatte ja ein Stipendium und hab zusätzlich gearbeitet. Dann hätte ich wahrscheinlich noch mehr arbeiten müssen, deswegen auch länger für's Studium gebraucht. Ich glaube, mit Hängen und Würgen und entsprechendem Engagement hätte ich das schon hingekriegt, aber dabei wäre ich sicherlich inhaltlich auf der Strecke geblieben.

**Wird so etwas wie Demokratie an den Hochschulen durch das Bezahlstudium legitimiert?**

Es gibt überhaupt keinen direkten Zusammenhang zwischen Bezahlwesen und Demokratie.

Außer man geht davon aus, dass man für Demokratie bezahlen muss. Vielleicht stimmt das inzwischen ja sogar schon. Dann kriegen diejenigen, die mehr bezahlen, mehr Demokratie als diejenigen, die weniger bezahlen können. Und diejenigen, die Hartz IV bekommen, die bekommen eben weniger Demokratie. Pech gehabt? Nein, neoliberale Gerechtigkeit!

## Was können wir erreichen?

### Ziele, Forderungen und Perspektiven

Die Gründe, warum wir Studiengebühren ablehnen, sind so vielfältig wie wir selber. Doch konnten wir mit unseren massiven Protesten die Verabschiedung der Gebührengesetze nur verzögern, nicht verhindern. Die Erhebung allgemeiner Gebühren droht nun den Studierenden aus fünf Bundesländern zum Sommersemester 2007.

Aber wir haben weitere Möglichkeiten, Gebühren zu verhindern und die gesellschaftliche Ablehnung von Gebühren auch politisch durchzusetzen. Neben Demonstrieren und Klagen bietet sich ein Boykott der Gebühren an, da über ihn die Möglichkeit geschaffen wird, die breite studentische Ablehnung der Gebühren, wie sie sich in vielen Umfragen niederschlägt, so zum Ausdruck zu bringen, dass nicht darüber hinweggesehen werden kann. Ein Boykott bietet die Möglichkeit, Forderungen bekannt zu machen und durchzusetzen. Konkret durchgeführt wird der Boykott von ASten und Basisgruppen an den einzelnen Hochschulen. Allen gemein ist, dass das Treuhandkonto oder auch Sperrkonto von einem Anwalt oder einer Anwältin betreut wird. Bei einer zu geringen Beteiligung der Studierenden am Boykott wird das Geld am Stichtag an die Hochschule weiter überwiesen, so dass niemand exmatrikuliert wird.

Aber wenn der Boykott zum Erfolg wird, muss die Frage der Einführung

von Studiengebühren neu gestellt werden. Deshalb fordern wir:

1. Keine Nachteile der am Boykott Beteiligten
2. Eine Amnestie der Gebühren für alle Boykottierenden
3. Die Rückzahlung aller gezahlten Studiengebühren des SS2007
4. Die Verankerung der Gebührenfreiheit in den Landesverfassungen

Hierfür sind weitgehendere Veränderungen des Bildungssystems notwendig. Deshalb fordern wir außerdem:

5. Die grundsätzliche individuelle Kostenfreiheit für alle Bildungswege
6. Ein solidarisches Bildungssystem, in dem sich jeder gemäß seiner Interessen und Bedürfnisse entwickeln kann
7. Die grundsätzliche Gleichstellung und gegenseitige Durchlässigkeit allgemeiner, sog. beruflicher und akademischer Bildungswege

Sicher ist das gesetzte Ziel, an allen Hochschulen der Gebührenländer das Boykottquorum zu erreichen, nicht leicht zu erreichen. Möglich wird dies nur durch das Engagement aller Aktiven und Interessierten. Erreicht wird es nur als Teil einer breit angelegten

Kampagne an den Hochschulen. Nur mit der Unterstützung anderer gesellschaftlicher Gruppen werden wir unser Ziel erreichen und unsere Forderungen durchsetzen können. Hierfür müssen wir Studiengebühren in den Kontext des allgemeinen Umbaus der Gesellschaft stellen.

So reißen sich Studiengebühren in eine Politik der zunehmenden Individualisierung von Kosten und Risiken ein, wie sie in weiten Teilen des öffentlichen Lebens stattfindet. Die Abwälzung, d.h. Privatisierung, der Kosten eines Studiums auf die Studierenden selbst fügt sich in die Privatisierung der Kosten für andere öffentliche Einrichtungen ein, seien es öffentliche Verkehrsmittel, die Wasser- und Gesundheitsversorgung oder eben: Bildung. Studiengebühren sind genau so falsch und abzulehnen wie KiTa-Gebühren, Schulgeld, Praxisgebühren oder auch die Meisterpauschale. Bei einem erfolgreich durchgeführten Boykott würden wir ein Zeichen setzen, eine neue Perspektive auch für andere Gruppen erschließen. Unsere gelungene Verweigerung stünde als Zeichen für andere Gruppen, dass es möglich ist, erfolgreich zum Widerstand zu mobilisieren und bereits beschlossene Gesetze wieder rückgängig zu machen.

Dafür müssen wir bei uns anfangen.

### Impressum

Herausgeberin: Bundesweite Boykottbewegung

Redaktion: Rike Beier (V.i.S.d.P.), Fredrik Dehnerdt (V.i.S.d.P.), Anna Rinne (V.i.S.d.P.)

Mitarbeit: Konstantin Bender, Daniel Bruns, Thomas Henezs, Caspar Heybl, Annika Klüh, Elke Michauk, Judith Rudolph, Steffi Streik, Lukas Ya

Layout: Hanno Willkomm

Auflage: 27.700

Druck: Caro-Druck, Frankfurt

Erscheinungsdatum: 18.10.2006



## Es geht auch anders.

Gestern Abend bin ich eingeschlafen und hatte einen schönen Traum: Ich träumte von Fatima Kovacs aus Hamburg. Fatima will sich ihren großen Traum erfüllen und studieren. Frei von Zwängen und Vorurteilen sucht sie ihr Studienfach selbst. Reichlich ist die Auswahl an Fächern die sie mit ihrem 2,5er Abitur studieren kann. Es fällt ihr schwer, sich zu entscheiden. Doch dann findet sie ihren Traumstudiengang. Mit ihrer Bewerbung ist klar, sie darf studieren, denn in diesem Land kann jedeR studieren der/die studieren will. Direkt bei ihrer Einschreibung erhält sie unzählige Wohnraumangebote, aus welchen sie frei auswählen kann. Durch die staatliche Finanzierung ihres Studiums und Lebensunterhalts muß sie sich keine Sorgen machen und kann ihren Wissensdurst stillen. Sie hat gute Chancen, ihr Studium in der Regelstudienzeit zu absolvieren und zu den besten AbsolventInnen ihres Jahrgangs zu gehören. Sie ist nach ihrem Studium nur für zwei Monate ohne Beschäftigung, weil sie sich einen lang gehegten Traum, eine Weltreise, erfüllt. Doch dann bin ich aufgewacht. Zurück in der Realität wird klar: das war nur ein Traum. Die Realität sieht anders aus: Menschen mit Migrationshintergrund sind seltener an Hochschulen

zu finden, als ihre deutschen AltersgenossInnen. Mit einem 2,5er Abitur einen Studienplatz zu bekommen, grenzt an eine Utopie. Durch den Erwerb der allgemeinen Hochschulreife oder eines vergleichbaren Abschlusses erwirbt man die Berechtigung sich an einer Hochschule für einen Studiengang zu bewerben. Mehr nicht. Denn Hochschulzugang ist nicht gleich Hochschulzulassung: War in den 60er Jahren noch die Abiturnote ausschlaggebender Indikator für die Zulassung, sind es heute heterogene, einem Flickenteppich gleichende, Zulassungsregelungen. Durch die 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) ermöglicht und durch den Föderalismus verstärkt, wird den Hochschulen durch die Neuregelung die Möglichkeit eingeräumt, bis zu 80 % ihrer StudentInnen mittels Auswahlverfahren wie Eignungstest, Motivationsschreiben, (Vor-)Praktika o.ä. selbst auszuwählen. Von einer bundeseinheitlichen Regelung ist hier keine Spur. Föderalismusreform sei Dank. Studien zu Auswahlverfahren beweisen, dass sich durch die 'neuen' Verfahren nicht - wie von der Politik oft hochgehalten - der Studierenerfolg erhöht. Vielmehr ist es so, dass durch die ständig steigenden Bewerbungsanforderungen, den zunehmenden gesellschaftlich manifestieren Leistungs-

druck auf die BewerberInnen und die unsicheren Zukunftsaussichten nach einem Studium die Abschreckung vor der Aufnahme eines Studiums steigt. Zudem stellt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 26.1.2005 eine zusätzliche finanzielle Zugangshürde auf: Studiengebühren. Studiengebühren sind flächendeckend bereits in den letzten Jahren eingeführt worden. In Form von Entgelten wie Verwaltungskosten, Kosten für Lernmittel, Bibliotheknutzungsgebühren, Kosten für Exkursionen

### Wollen wir ein Studium, das wir uns kaufen müssen und an dessen Ende wir einen Schuldenberg vor uns haben?

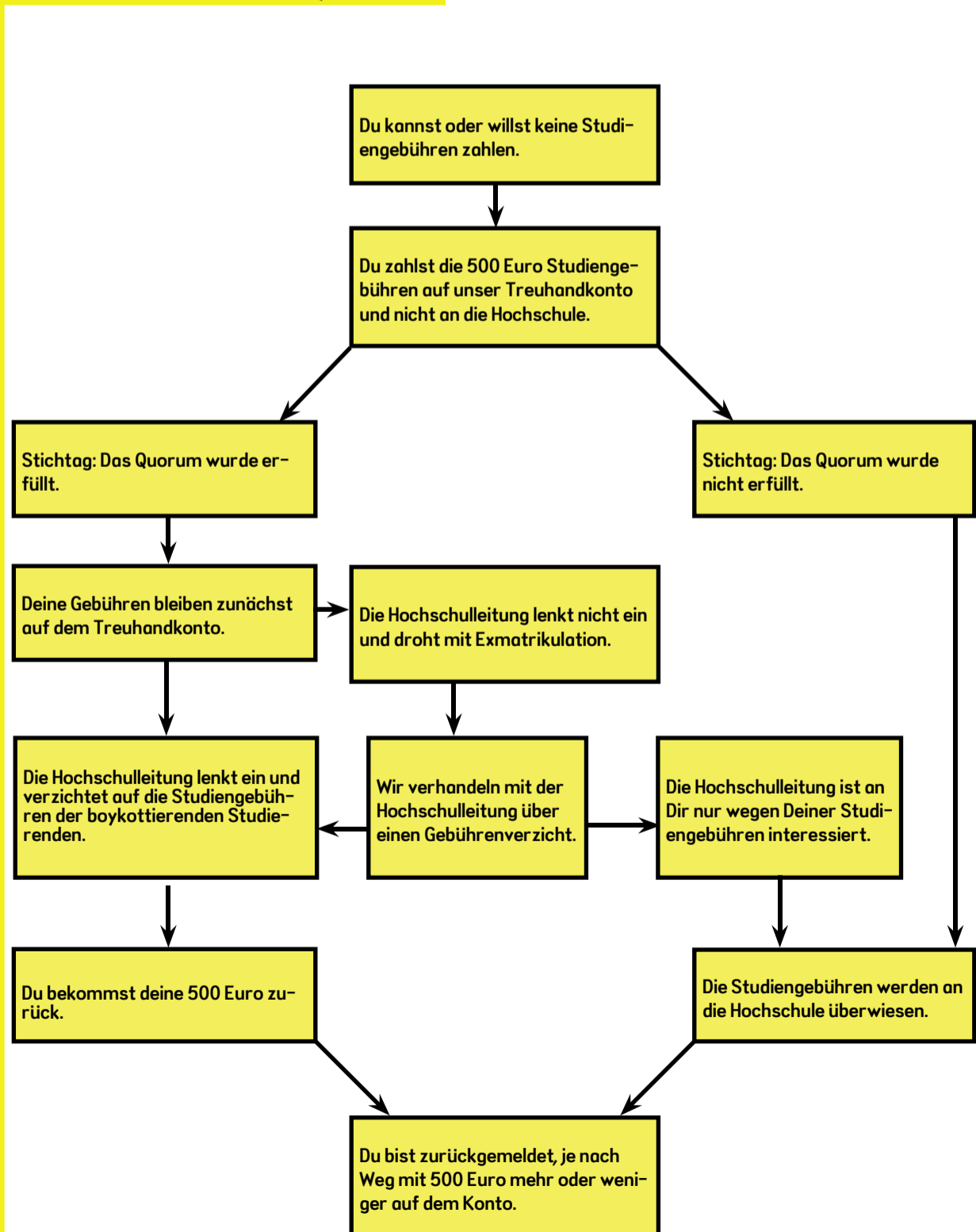
kommen versteckte Studiengebühren daher, die an den Hochschulen mittlerweile so normal sind wie das Amen in der Kirche. Hinzu kommen allgemeine Studiengebühren. In den meisten Ländern sind sie beschlossene Sache und werden von den Landesregierungen mit einer Spannweite von 300 € bis 1900 € (für ausländische StudentInnen) gehandelt. Wie lange bekannt, werden durch die Einführung von allgemeinen Studiengebühren insbesondere AbiturientInnen aus bildungsfernen Schichten von der Aufnahme eines Studiums abgeschreckt. Durch die Bereitstellung von staatlichen und privatwirtschaftlichen Stu-

dienkrediten wird versucht Legitimation für Studiengebühren zu erzeugen. PolitikerInnen betonen stets, dass Studiengebühren sozial bzw. sozial abgedeckt seien. Dieses Argument kann jedoch nicht über die Realität eines Zinssatzes von mindestens 5,1 % und einem Schuldenberg i.H.v. von einigen 10.000 € am Ende des Studiums hinwegtäuschen. Studieren auf Pump ist also 'angesagt'. Für jedeN, der/die es sich nicht leisten kann und deren Eltern nicht das nötige Geld zur Verfügung haben, heißt es dann: „An dieser Stelle bitte aussteigen.“ Wollen wir diese Realität wirklich? Wollen wir ein Studium, das wir uns kaufen müssen und an dessen Ende wir einen Schuldenberg vor uns haben? Wollen wir der knechtenden ausgebeuteten Generation Praktikum angehören? Wollen wir das? Die Antwort ist klar: Nein! Es geht auch anders. Eine andere Hochschule, eine andere Welt ist möglich: Einen breiten Zugang zu Bildung, insbesondere durch die Abschaffung von NCs und anderen selektiven Auswahlverfahren ist machbar. Durch einen gelungenen Mix aus Instrumenten zur Studierendenauswahl soll die Diversität von 'StudentInnentypen' erhalten bleiben, die die Profile der einzelnen Hochschulen entscheidend ausmachen. Ziel soll es sein, StudentInnen auszuwählen, die bei ihrem Weg durch das Studium

auch einmal einen Umweg machen, nicht unter ständigem Leistungsdruck stehen und noch genügend Zeit haben, auch einmal einen Blick über den Tellerrand hinaus zu wagen: Das Studium soll von einer kritischen und reflexiven Auseinandersetzung mit sozialen, kulturellen und bildungspolitischen Themen gekennzeichnet sein. Studierendenden aller Schichten muss es möglich sein auch ohne die Aufnahme eines Kredites studieren zu können. Studiengebühren sind und bleiben unsozial, egal ob mit oder ohne die 'Gegenfinanzierung' durch Kredite. Allein in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zeigt sich klar der Kurs, welchen die Politik einschlägt: einen eindeutig neoliberalen. Auf diesem Kurs liegen Dinge wie Entdemokratisierung der Hochschule getarnt als Durchrationalisierung der Hochschulen, Privatisierung ehemals staatlicher Aufgaben, Abwälzung der Risiken und Kosten auf die Individuen. Diesem Kurs gilt es entschieden entgegen zu treten. Ziel muß es sein, eine emanzipatorische und demokratische Hochschule endlich in Angriff zu nehmen und unzusetzen, in der jedeR seinen/ihren Platz finden kann. Bildung ist und darf keine Ware sein oder werden! Bildung ist ein Menschenrecht!

*Elke Michauk und Konstantin Bender*

## Ablauf des Boykotts



[www.boykottinfo.de](http://www.boykottinfo.de)

## Der Boykott in 10 Fragen

### 1. Wie kann ich teilnehmen?

Einfach die Studiengebühren (meistens 500€) auf das Treuhandkonto überweisen. Den Semesterbeitrag überweist ihr weiterhin an die Universität.

### 2. Ist mein Geld sicher?

Das Treuhandkonto wird juristisch abgesichert. Damit ist gewährleistet, dass das Geld nicht in falsche Hände gerät, sondern allein im Falle des Scheiterns des Boykotts an die Universität weiter überwiesen wird. Im Falle eines erfolgreichen Boykotts erhalten die BoykottteilnehmerInnen ihr Geld zurück.

### 3. Komm ich jederzeit an mein Geld ran?

Jeder TeilnehmerIn hat die Möglichkeit, jederzeit sein/ihr Geld zurückzufordern oder an die Universität weiter überwiesen zu lassen.

### 4. Was passiert mit den Zinsen?

Für das Treuhandkonto werden voraussichtlich keine Zinsen anfallen. Sollte es doch dazu kommen, wird das Geld für die Bezahlung des Anwalts / der Anwältin verwendet.

### 5. Wie ist das mit dem Quorum/Prozentsatz?

Das Quorum/der zu erreichende Prozentsatz wird von den lokalen ASten bzw. Gruppen festgelegt.

### 6. Kann ich für die Teilnahme am Boykott exmatrikuliert werden?

Grundsätzlich kann die Universität jede Person exmatrikulieren, die sich entgegen ihrer Regeln verhält. Auch das Nicht-Zahlen von Beiträgen ist so ein Regelverstoß, dem jedoch ein Mahnverfahren vorausgehen muss. Das heißt, die Exmatrikulation aufgrund von ausbleibenden Studiengebühren kann niemals plötzlich, sondern erst nach Mahnung durchgeführt werden. Zu jedem Zeitpunkt des Boykotts, auch noch während des Mahnverfahrens ist es möglich, die bereits auf das Sperrkonto eingegangenen Gelder als Studiengebühren an die Universität zu überweisen.

### 7. Bekomme ich rechtzeitig meine Immatrikulationsbescheinigung/mein Semesterticket?

Hier sind unterschiedliche Lösungen angedacht. An einigen Orten ist die Zahlung der Studiengebühren von der Rückmeldung entkoppelt. Informiere dich bei deiner lokalen Boykott-Gruppe.

### 8. Was passiert dann mit meinem BAföG?

Stelle den Antrag mit dem Hinweis, dass die Immatrikulationsbescheinigung nachgereicht wird. Das BAföG-Amt muss dann eine Frist stellen, in der sie nachgereicht werden soll. Maßgeblich für die BAföG-Zahlungen ist immer das Datum der Antragstellung (ungeachtet fehlender Nachweise). Stell also Deinen Antrag so bald wie möglich und beantrage immer wieder Fristverlängerungen, falls die gewährte Frist nicht ausreicht.

### 9. Können ausländische Studierende an dem Boykott teilnehmen?

Generell ja, jedoch benötigen Ausländische Studierende die Immatrikulationsbescheinigung für die Aufenthaltsgenehmigung. Eine Teilnahme sollte deshalb gut überlegt sein.

### 10. Wie kann ich den Boykott unterstützen?

Indem du teilnimmst und die Arbeit deiner lokalen Boykottgruppe unterstützt. Kontakte findest du auf [www.boykottinfo.de](http://www.boykottinfo.de)